

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 17.12.2024)

Titel: **WP-01-K1: In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch**

Antragstext

1 Die Menschen in Deutschland sind zu Recht stolz auf das, was sie schaffen, auf
2 die Qualität ihrer Arbeit, auf ihre Leistung, auf ihre Erfahrungen und
3 Kompetenz. Deutschland muss auf diese Kraft bauen, um die großen strukturellen
4 Herausforderungen anzugehen, vor denen wir stehen: Der Angriffskrieg von
5 Russland auf die Ukraine und der Systemkonflikt zwischen liberalen Demokratien
6 und autoritären Staaten im Umfeld Chinas erfordern eine Neuausrichtung von
7 Wirtschaftssicherheit und Handel, Lieferketten und Absatzmärkten. Wir werden
8 diesen Wettstreit auch im Ökonomischen nur gewinnen, wenn wir den großen Vorteil
9 der liberalen Demokratie maximal zur Geltung bringen: dass Menschen neue Ideen
10 haben und Dinge frei entdecken und entfalten können. Wir wollen in der kommenden
11 Regierung daran weiterarbeiten, die strukturellen Schwächen unseres Standorts zu
12 beheben. Wir sorgen dafür, dass Deutschland und Europa bei den Innovationen der
13 Zukunft vorn mit dabei sind. Dafür muss Wirtschaften einfacher und verlässlicher
14 werden, dafür müssen Chancen fair eröffnet und alle gerecht entlohnt werden.
15 Dafür können wir nicht im Status quo verharren. Vielmehr brauchen wir mehr Raum
16 und Begeisterung für die Bereitschaft, mit neuen Ideen und Technologien ins
17 Risiko zu gehen. Unser Ziel ist, die Innovationskraft unseres Landes spürbar zu
18 stärken.

19 Damit wir unseren Wohlstand erneuern und nicht nur verwalten, braucht es ein
20 Land, das einfach funktioniert – einen Staat, der es den Menschen und
21 Unternehmen leichter macht, ihre Ideen umzusetzen, und nicht schwerer: mit einem
22 Klick zur Lösung statt mit einem Dutzend Formularen in den Papierkrieg. Den
23 Aufbruch haben wir in den vergangenen drei Jahren geschafft: Wir haben ein
24 Rekordtempo beim Ausbau der Erneuerbaren erzeugt, haben Grundlagen gelegt bei

25 der Modernisierung der Industrie, der Zuwanderung von Fachkräften, der
26 Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der Stärkung von
27 Investitionen. Aber unser Land braucht jetzt eine gemeinsame Anstrengung, damit
28 wir auf diesem Weg erfolgreich vorankommen. Der Wettlauf bei der technologischen
29 Entwicklung macht es notwendig, dass neue Ideen und Innovationen schneller
30 Wirklichkeit werden.

31 Wenn wir auf diesem Weg den deutschen und europäischen Standort stärken, stärken
32 wir dabei auch die Idee der sozialökologischen Marktwirtschaft – und eine
33 Wirtschaft, die Verantwortung übernimmt für Gesellschaft und Umwelt, sichere
34 Arbeitsplätze bietet und vor Ort verankert ist: eine Wirtschaft im Dienst der
35 Menschen. Eine starke Wirtschaft ist nicht nur Bedingung unseres Wohlstandes,
36 sondern auch Voraussetzung für Zusammenhalt und Stabilität im Inneren, für unser
37 Gewicht in der Welt und nicht zuletzt zur Bewältigung der Klimakrise.

38 Unser Wohlstand ermöglicht und basiert auf Gerechtigkeit, Klimaneutralität,
39 Lebensqualität und Vorsorge. Seine Erneuerung ist eng verknüpft mit der
40 Bekämpfung der Klimakrise, die gemeinsam mit der Krise der Artenvielfalt die
41 große Aufgabe unserer Zeit ist. Denn wir wollen einen Planeten erhalten, auf dem
42 Menschen in Freiheit und Sicherheit leben können. Wir werden den immer
43 häufigeren Extremwettern nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern mit aller
44 Kraft dafür kämpfen, dass sich das Klima stabilisiert. Das erfordert große
45 Investitionen, zum Beispiel in den Ausbau günstiger erneuerbarer Energien, der
46 jahrelang verschleppt wurde. Dafür brauchen wir intakte Ökosysteme, gesunde
47 Wälder, saubere Meere und Respekt vor den Tieren als Mitgeschöpfe. Wenn wir die
48 Umwelt schützen, schützt sie uns auch. Klimaschutz ist Menschenschutz und
49 zugleich eine zentrale Wettbewerbsfrage unserer Zeit. Der Weg zurück zu den
50 fossilen Technologien führt in den wirtschaftlichen Stillstand.

51 Wir werden darauf achten, dass alle Menschen unseres Landes den Weg mitgehen
52 können, der in eine gute Zukunft führt. Wir sorgen dafür, dass auch Mieter*innen
53 mit knappem Budget eine moderne Heizung und eine verbesserte Dämmung bekommen.
54 Wir sorgen dafür, dass der Zugang zu elektrischer Mobilität die Fortbewegung
55 komfortabler und das Auto erschwinglich macht. Wir sorgen dafür, dass durch
56 Klimaanpassung das Eigentum von Hausbesitzer*innen geschützt und Lebensleistung
57 erhalten wird.

58 **A. Eine starke Wirtschaft für sichere Jobs**

59 **Für einen wettbewerbsfähigen Standort**

60 Unternehmen brauchen gute Wettbewerbsbedingungen und ein gutes

61 Investitionsklima, allem voran klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.
62 Für unsere Wirtschaft sorgen wir für dauerhaft günstige Energie, erhöhen private
63 und öffentliche Investitionen in Innovation und Infrastruktur, vereinfachen,
64 digitalisieren und beschleunigen staatliche Verfahren und Prozesse und arbeiten
65 daran, das Fachkräftepotenzial in und für Deutschland zu erhöhen.

66 Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung ist ein entscheidender
67 Standortfaktor. Erleichterungen für Eigenstromproduktion und eine Förderung von
68 langfristigen Abnahmeverträgen sichern der Wirtschaft direkten Zugang zu
69 günstiger Energie. Auch für die Wirtschaft ist die weitere Absenkung der Steuern
70 und Abgaben auf Strom wichtig. Deshalb übernehmen wir die Netzentgelte für die
71 überregionalen Stromleitungen aus dem Deutschlandfonds und senken die
72 Stromsteuer auf das europäische Minimum. Wir werden weiterhin Maßnahmen zur
73 Steigerung der Energieeffizienz unterstützen. Zudem setzen wir uns ein für eine
74 dauerhafte und breitere Ausgestaltung der Strompreiskompensation für
75 energieintensive Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen. Wir werden das
76 Wasserstoffkernnetz zügig aufbauen, die Erzeugung von grünem Wasserstoff in
77 Deutschland fördern und neue Importquellen sichern.

78 Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) leiden besonders unter
79 aufwendiger Bürokratie und oft zu komplizierten Regeln. Die Beschleunigung des
80 Ausbaus der Erneuerbaren haben wir maßgeblich durch das Abschaffen
81 bürokratischer Hürden wie Anträge für einzelne Stecker ermöglicht. Den gleichen
82 Weg müssen wir in allen Bereichen gehen. Mit dem Praxischeck haben wir dafür ein
83 pragmatisches und erfolgreiches Instrument zum Abbau unnötiger Bürokratie in
84 Deutschland eingeführt, das wir in der nächsten Legislatur skalieren werden.
85 Dabei werden Sektor für Sektor die Betroffenen aus Unternehmen, Verwaltung und
86 Zivilgesellschaft eingebunden, unnötige bürokratische Hürden bestimmt und
87 praktische Lösungen zu deren Abbau identifiziert, ohne soziale oder ökologische
88 Schutzstandards abzubauen. Das werden wir nun flächendeckend und systematisch
89 ausrollen und auch in den Gesetzgebungsprozessen vorab umsetzen. Bei jeder
90 Gesetzgebung muss die einfache Umsetzbarkeit im Vordergrund stehen. Ein
91 wesentliches Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der
92 Verwaltung: Wir wollen, dass zentrale öffentliche Dienstleistungen für
93 Unternehmen an einer Stelle gebündelt werden und Daten nur einmal eingereicht
94 werden müssen. Die Notarpflichten werden wir vereinfachen und reduzieren, um so
95 Kosten zu senken und Zeit zu sparen. Damit mehr Unternehmen von den KMU-
96 Ausnahmeregeln profitieren können, werden wir die Schwellenwerte für die
97 Definition von KMU anheben.

98 Deutschland ist von früheren Regierungen jahrelang auf Verschleiß gefahren
99 worden. Zu lange hat es zu wenig verlässliche öffentliche Investitionen gegeben.
100 Dabei steht hinter jeder öffentlichen Investition realwirtschaftliche

101 Wertschöpfung. Wir wollen der Wirtschaft eine starke, resiliente und
102 verlässliche Infrastruktur bereitstellen, indem wir die öffentlichen
103 Investitionen dafür aus nationalen und aus Mitteln der Europäischen Union (EU)
104 stärken und ausbauen. Dafür werden wir auch die Schuldenbremse sinnvoll
105 modernisieren.

106 Der Großteil der Investitionen kommt jedoch von Unternehmen und anderen privaten
107 Akteuren. Wer in Deutschland investiert, soll es bei der Steuer leichter haben:
108 Dazu führen wir eine auf fünf Jahre befristete, unbürokratische
109 Investitionsprämie von 10 Prozent für alle Unternehmen und alle Investitionen
110 mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen ein. Diese Prämie wird mit der
111 Steuerschuld des Unternehmens verrechnet; falls die Prämie die Steuerschuld
112 übersteigt, wird sie ausgezahlt.

113 Es ist absolut entscheidend, dass wir nicht nur gute Ideen entwickeln, sondern
114 dass daraus auch starke neue deutsche Unternehmen entstehen. Hier haben wir
115 bisher im Vergleich zu den USA oder China eine große Schwäche beim Zugang zu
116 Finanzierung. Wir erleichtern deshalb den Zugang zu Wagniskapital durch die
117 Fortsetzung der WIN-Initiative, um jungen innovativen Unternehmen durch
118 verbesserte steuerliche, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen einen
119 einfacheren Zugang zu privatem Kapital zu ermöglichen.

120 Wettbewerbsfähigkeit steht und fällt auch mit gut qualifizierten Beschäftigten.
121 Gewerkschaften, betriebliche Mitbestimmung und die Sozialpartnerschaft mit ihrer
122 starken Tarifbindung sind eine Stärke unseres Standorts.

123 **Für mehr Arbeitskräfte und die gleichberechtigte** 124 **Erwerbstätigkeit von Frauen**

125 Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften ist eine der größten Herausforderungen
126 für die wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung Deutschlands. Ob
127 Handwerk, Gastronomie oder große Konzerne – alle sind betroffen. Um diese Lücke
128 zu schließen, gilt es Hindernisse abzubauen und Anreize zu setzen, damit
129 Menschen sich auf dem Arbeitsmarkt einbringen können.

130 Deutschland hat 2,9 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss, während viele
131 Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Wir müssen dazu beitragen, dass junge
132 Menschen besser ihren Weg in den Beruf finden und die Attraktivität der
133 beruflichen Ausbildung erhöhen. Mit Maßnahmen wie dem Qualifizierungsgeld
134 unterstützen wir Menschen, die schon im Berufsleben sind und sich neu
135 orientieren oder weiterqualifizieren möchten. Älteren Arbeitnehmer*innen werden
136 wir Anreize für längeres Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus bieten.

137 Wenn alle Frauen mit Kindern so arbeiten könnten, wie sie möchten, hätten wir in
138 Deutschland bis zu 840.000 zusätzliche Arbeitskräfte. Um die Vereinbarkeit von
139 Familie und Beruf zu erleichtern, wollen wir durch einen gesetzlichen Rahmen
140 flexible Lösungen ermöglichen und zugleich passgenaue Regelungen für die
141 Betriebe bieten, die sie nicht überfordern. Ein gutes und verlässliches Angebot
142 an Betreuungsplätzen ist dafür die Grundlage. Betreuungskosten sollten
143 umfangreicher bei der Steuer absetzbar sein. In der jetzigen Form stellt das
144 Ehegattensplitting ein Erwerbshindernis für Frauen dar. Deshalb wollen wir es
145 grundlegend geschlechtergerecht reformieren, indem wir für Neuehen eine
146 individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Für
147 bestehende Ehen ändert sich nichts. Indem wir eine gleichberechtigte
148 Erwerbsbeteiligung von Frauen ermöglichen, stärken wir ihre eigenständige
149 Absicherung, schützen sie so vor Altersarmut und stärken gleichzeitig die
150 Volkswirtschaft.

151 Deutschland muss für die besten Arbeitskräfte aus aller Welt attraktiv sein. Wir
152 wollen, dass Menschen, die bei uns arbeiten wollen, ihr Arbeitsvisum online
153 beantragen können und dafür nur einen Ansprechpartner brauchen. Eine digitale
154 Einwanderungsagentur soll den Einwanderungsprozess modernisieren und
155 beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Austausch mit Ämtern und
156 Behörden noch leichter auf Englisch erfolgen kann. Die Anerkennung von
157 ausländischen Berufsabschlüssen vereinfachen wir deutlich und schaffen dafür
158 eine zentrale Anerkennungsstelle. Die Arbeitshindernisse für Geflüchtete bauen
159 wir weiter ab, auch weil sie über den Arbeitsmarkt schneller in unsere
160 Gesellschaft integriert werden.

161 **Für eine starke europäische Wirtschaft**

162 Der europäische Binnenmarkt mit seinen 450 Millionen Einwohner*innen und 17
163 Billionen Euro Wirtschaftsleistung ist eine historische Errungenschaft. Nur mit
164 mehr Europa können wir im Wettbewerb mit den USA und China bestehen, können wir
165 die gemeinsame Wachstums- und Innovationsschwäche überwinden und wieder
166 treibende Kraft beim technologischen Fortschritt werden. Das schafft und sichert
167 auch Wohlstand und gute Jobs in Deutschland.

168 Wir wollen den europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen und um eine vertieften
169 Digitalunion ergänzen: Damit die Unternehmen der Zukunft auch in Europa groß
170 werden. Und wir wollen, dass Europa seine Kräfte bei Forschung und Innovation
171 bündelt. Starke Netzwerke europäischer Universitäten, gemeinsame Rechenzentren
172 oder Forschungsagenturen können uns wieder zum Spitzenreiter bei den
173 Zukunftstechnologien machen.

174 Europa ist bereits Weltmarktführer bei sauberen, nachhaltigen Technologien wie
175 Windturbinen und Elektrolyseure. Der europäische Green Deal gibt mit
176 klimapolitischen und ökologischen Zielen und Leitplanken den Rahmen für fairen
177 Wettbewerb in Europa. Bei pragmatischer Umsetzung kann Europa so zum Marktführer
178 für nachhaltige Elektrotechnik, Chemie, Maschinenbau und Dienstleistungen
179 werden. Damit sichern wir durch Klima- und Ressourcenschutz gute Jobs im
180 Industriebereich – einem wichtigen Zukunftsmarkt. Dazu brauchen wir jetzt
181 stabile Rahmenbedingungen für Zukunftstechnologien statt innovationsfeindliche
182 Diskussionen um ein Rollback oder eine Bremsung des europäischen Green Deal.

183 Wir unterstützen die Erweiterung des Green Deal um eine industrielle Dimension.
184 Wir müssen von Klimaschutzmaßnahmen wirtschaftlich stärker profitieren und
185 unsere klimaneutrale europäische Innovationskraft zu einem globalen
186 Wettbewerbsvorteil ausbauen. Dafür wollen wir im nächsten EU-Finanzrahmen die
187 entsprechenden Instrumente schaffen und sie mit den notwendigen Mitteln
188 unterlegen. Dazu gehört auch, dass wir das Beihilferecht der EU so ändern, dass
189 es kurzfristig einer umfassenden Unterstützung der Dekarbonisierung der
190 Industrie und dem Abbau gefährlicher Abhängigkeiten von Autokratien nicht im
191 Wege steht.

192 **Für funktionierende und nachhaltige Finanzmärkte**

193 Funktionierende Finanzmärkte sind ein essenzieller Bestandteil stabiler
194 wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer nachhaltigen Investitionsdynamik,
195 die für klimaneutrale Erneuerung unerlässlich sind. Um Finanzkrisen vorzubeugen,
196 benötigen Banken, aber auch Versicherungen und andere Finanzmarktakteure
197 ausreichend haftendes Eigenkapital. Gerade kleine Banken und Finanzmarktakteure
198 wollen wir von unnötig kleinteiliger Bürokratie entlasten.

199 Trotz der gemeinsamen Währung orientieren sich die Kapitalmärkte der EU-
200 Mitgliedstaaten häufig noch an nationalen Staatsgrenzen. Die uneinheitliche
201 Regulierung hemmt Investitionen aus dem Ausland und schränkt
202 Finanzierungsmöglichkeiten für in der EU ansässige Konzerne ein. Aber auch
203 kleine und mittelständische Firmen leiden, etwa unter dem vergleichsweise
204 unterentwickelten europäischen Markt für Eigenkapitalinstrumente und
205 Schuldverschreibungen. Wir werden uns europäisch für eine rasche Vollendung der
206 Kapitalmarkt- und Bankenunion einsetzen. Das Vertrags- und Insolvenzrecht für
207 Finanzmarktakteure wollen wir dafür europaweit angleichen.

208 Wir wollen Finanzmarktakteuren die nachhaltige Finanzierung erleichtern.
209 Sustainable Finance leistet einen wichtigen Beitrag, Investitionen in fossile
210 Energien unwirtschaftlich und Investitionen in Zukunftstechnologien günstiger zu
211

212 machen. Deutschland soll eine führende Rolle bei der Verbesserung der
213 Sustainable-Finance-Regulierung spielen. Wir setzen uns dabei für mehr
214 Konsistenz und Vereinfachung bei der Sustainable-Finance-Regulierung auf
215 europäischer und internationaler Ebene ein, mit Fokus auf Wirkung und Effizienz.
216 Alle Geldanlagen des Staates sollen nach Nachhaltigkeitskriterien angelegt
werden.

217 **Für mehr Innovationskraft**

218 Deutschland und Europa müssen bei den Innovationen der Zukunft vorn mit dabei
219 sein. Denn diese Innovationen sind nicht nur entscheidend für unsere
220 wirtschaftliche Zukunft, sondern auch für die Bewältigung der großen
221 gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit – von der Klimakrise bis zur
222 geopolitischen Behauptung gegen den Autoritarismus.

223 Die deutsche Forschung soll Weltspitze bleiben. Wir wollen erreichen, dass Staat
224 und Unternehmen mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und
225 Entwicklung investieren. Unsere Forschungspolitik umfasst die freie
226 Grundlagenforschung ebenso wie die missions- und anwendungsorientierte Forschung
227 sowie den Transfer in marktreife Produkte. Wir werden daher die
228 Bemessungsgrundlage für die Forschungszulage weiter ausweiten und so Unternehmen
229 bei der Forschung besser unterstützen. Gleichzeitig brauchen wir eine
230 auskömmliche Grundfinanzierung in der Wissenschaft. Mit der Deutschen Agentur
231 für Transfer und Innovation (DATI) wollen wir regionale Innovationsökosysteme
232 unterstützen, in denen Wissenschaft, Gesellschaft und die Wirtschaft gemeinsam
233 an innovativen Lösungen arbeiten. Die Bundesagentur für Sprunginnovationen
234 (SPRIND) fördert Innovationen nicht klassisch durch Förderprogramme, sondern
235 durch sogenannte Challenges. Diesen Ansatz wollen wir ausbauen und auf
236 europäischer Ebene flankieren. Wir schaffen auch mehr Experimentierräume wie die
237 Reallabore, in denen neue Technologien erprobt und in die Anwendung gebracht
238 werden können.

239 Wir werden die Digitalisierung der Wirtschaft und die Entwicklung von digitalen
240 Geschäftsmodellen erleichtern. Dazu wollen wir die Anwendung von Künstlicher
241 Intelligenz (KI), die Etablierung robuster Cybersicherheitsstandards sowie die
242 Stärkung digitaler Kompetenzen in Unternehmen gezielt fördern und
243 Datenschutzbürokratie abbauen. Wir schaffen zudem passende Rahmenbedingungen für
244 interoperable Standards und für einen sicheren und effizienten Datenaustausch
245 entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der Staat sollte als vertrauensvoller
246 Referenzkunde seine Marktmacht als Einkäufer nutzen, um innovative digitale
247 Produkte zu fördern. Dabei sollte er insbesondere Open-Source-Anwendungen und
248 Produkte von Start-ups und KMU berücksichtigen.

249 Für die notwendige Innovationskraft brauchen Deutschland und Europa eine neue
250 Gründungskultur. Wir werden Gründungen einfacher machen durch rechtliche
251 Vereinfachungen und indem wir Gründer*innen in One-Stop-Shops Begleitung und
252 Beratung aus einer Hand anbieten. Wir wollen Gründungen in ihrer Vielfalt
253 unterstützen. Dafür geben wir insbesondere Gründerinnen und nachhaltigen Start-
254 ups einen Booster, etwa durch verbesserte Finanzierungsangebote. Ausgründungen
255 aus Hochschulen werden wir erleichtern, die EXIST-Hochschulförderung auf mehr
256 Universitäten ausweiten und den Transferauftrag für Hochschulen und
257 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen stärken.

258 **Für die klimaneutrale Modernisierung der Industrie**

259 Unser Anspruch ist es, dass Deutschland ein starker Industriestandort bleibt,
260 denn Industrieunternehmen sind in ihren Regionen identitätsstiftend und wichtige
261 Arbeitgeber. Wir wollen unsere Industrie bei der klimafreundlichen
262 Modernisierung unterstützen, sie hier halten und verhindern, dass die Produktion
263 in Länder abwandert, in denen es noch keinen CO₂-Preis und nur laxer
264 Umweltschutz- und Sozialstandards gibt. In einer Welt, in der Krisen, Konflikte
265 oder machtpolitische Bestrebungen jederzeit Lieferketten stören oder zerbrechen
266 lassen können, brauchen wir in essenziellen Bereichen eigene
267 Produktionsmöglichkeiten, um fatale Abhängigkeiten zu vermeiden.

268 Damit die klimaneutrale Modernisierung der Industrie gelingen kann, setzen wir
269 auf einen effizienten Instrumentenmix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten wie
270 CO₂-Preis, gezielter Unterstützung vor allem bei Investitionen und – wo nötig –
271 möglichst unbürokratischem Ordnungsrecht. Wo Investitionshürden zu Beginn zu
272 hoch sind und über den CO₂-Preis nicht genug Anreize gesetzt werden, setzen wir
273 auf wettbewerbsorientierte Instrumente wie die Klimaschutzverträge. Den
274 Anwendungsbereich der Klimaschutzverträge werden wir ausweiten und so diejenigen
275 Unternehmen finanziell fördern, die pro Euro am meisten CO₂ einsparen. Um
276 ausreichend Nachfrage für klimaneutral hergestellte Produkte zu garantieren,
277 werden wir grüne Leitmärkte in Sektoren wie Stahl und Zement europaweit
278 etablieren. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine
279 Mindestquote von grünem Stahl einführen, die stetig ansteigt. Die vollständige
280 Klimaneutralität der Industrie wird aufgrund von schwer zu vermeidenden
281 Emissionen bei bestimmten Produktionsprozessen nur mit der Abscheidung,
282 Speicherung und Nutzung von CO₂ (CCS/CCU) möglich sein. Deshalb ermöglichen wir
283 dafür die Anwendung dieser Technologie und unterstützen den Ausbau der
284 notwendigen Infrastruktur. Die Speicherung von CO₂ in Meeresschutzgebieten
285 lehnen wir ab.

286 Global ist der Wettbewerb zwischen Verbrenner und E-Autos längst entschieden.
287 Für die Unternehmen in der Automobilindustrie, mit ihren mittelständischen

288 Zulieferbetrieben der größte Industriezweig in unserem Land, ist
289 Planungssicherheit entscheidend: dass wir dabei bleiben, ab 2035 nur noch
290 klimafreundliche Antriebe neu zuzulassen. Die konkreten Ziele der EU-
291 Flottengrenzwerteverordnung unterstützen wir und lehnen eine Abschwächung ab.
292 Mögliche Strafzahlungen sollen gegebenenfalls gestreckt und für den Hochlauf der
293 E-Mobilität durch europäische Programme genutzt werden. Wir beschleunigen den
294 Hochlauf der Elektromobilität durch gezielte Förderung für die Ladeinfrastruktur
295 und sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize. Förderung wollen wir dabei nur
296 jenen gewähren, die auch in Europa mit seinen hohen sozialökologischen Standards
297 produzieren: in Europa, für Europa. Mit gezielten Forschungsprogrammen und dem
298 Ausbau der regionalen Transformationsnetzwerke unterstützen wir die
299 Fortentwicklung von Geschäftsmodellen, insbesondere in den Bereichen vernetztes
300 Fahren und Batteriezellen.

301 Durch eine stärkere Offenheit und Förderung in Schlüsselbereichen wie KI,
302 Quantentechnologie, Mikrochips, Biotechnologie, Robotik und Raumfahrt wollen wir
303 wettbewerbsfähig bleiben und globale Trends mitgestalten können. Insbesondere
304 werden wir den Aufbau von Produktionskapazitäten für Schlüsseltechnologien wie
305 beispielsweise Mikrochips und Batterien weiter vorantreiben. Wir setzen uns für
306 eine wettbewerbsfähige europäische Raumfahrtindustrie ein, um durch
307 Satellitenkommunikation und -navigation, New Space, (Klima-)Forschung und
308 Erdbeobachtung unsere strategische Souveränität zu stärken.

309 Auch der Schritt zur Klimaneutralität ist ein Innovationsmotor. Von modernster
310 Kraftwerkstechnologie über Elektrolyseure bis zur Herstellung von Wasserstoff,
311 vom E-Auto bis zur Wiederverwendbarkeit von Materialien entstehen neue
312 Zukunftstechnologien, bei denen die deutsche Industrie ganz vorn mit dabei sein
313 kann. Diese Zukunftstechnologien wollen wir ermöglichen, fördern und bei der
314 Markteinführung unterstützen – und damit Arbeitsplätze und Wohlstand von morgen
315 sichern. Dafür wollen wir den europäischen Net-Zero Industry Act der EU
316 möglichst schnell und umfassend in Deutschland umsetzen.

317 **Für die Stärkung von Mittelstand und Handwerk**

318 Die ökonomische Kraft unseres Landes liegt in der Vielfalt seiner Unternehmen.
319 Die Tatkraft und Innovationsfähigkeit der Handwerksbetriebe, der Selbstständigen
320 und Freiberufler*innen sowie der KMU sind Motor unserer Wirtschaft. Sie treiben
321 den Klimaschutz voran und sorgen gerade in ländlichen Räumen für Arbeitsplätze
322 und Stabilität. Der Entfaltung dieser Kraft wollen wir Rückenwind geben.

323 Das Handwerk bietet in einer nachhaltigen Wirtschaft krisensichere
324 Arbeitsplätze. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die

325 gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen
326 verbessern. Oberstes Ziel sind der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der
327 Betriebe. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf
328 branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von beruflicher
329 und akademischer Ausbildung. Der Meisterbrief soll kostenlos werden. Wir setzen
330 uns dafür ein, dass auch für Handwerkerinnen und Soloselbstständige die Wochen
331 rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden.

332 Wir stehen für eine starke deutsche und europäische Wettbewerbspolitik mit dem
333 unabhängigen Bundeskartellamt und der EU-Kommission im Zentrum. Das
334 Wettbewerbsrecht braucht eine Weiterentwicklung, um KMU sowie Verbraucher*innen
335 effektiver vor Monopolen zu schützen. Auf europäischer Ebene wollen wir dazu das
336 von der Kommission bereits vorgeschlagene New Competition Tool wiederbeleben,
337 vor allem um heimische Unternehmen vor unfairen Praktiken globaler
338 Großunternehmen zu schützen. Umgekehrt sollen kleine Übernahme- und Fusionsfälle
339 in Deutschland und Europa von bürokratischen Verfahren entlastet werden.

340 Unfaire und teure Praktiken von Onlineplattformen zulasten des mittelständischen
341 Gewerbes und der Verbraucher*innen werden wir mithilfe des Wettbewerbsrechts
342 zurückdrängen. Über große Onlinehändler gelangen massenweise Waren zu uns, die
343 europäische Standards nicht einhalten. Im Internet entstehen immer wieder neue,
344 unfaire und manipulative Praktiken. Wir setzen uns dafür ein, dass große
345 Plattformen – genau wie der Laden um die Ecke – Produktverantwortung übernehmen
346 müssen.

347 Um die Vergabestellen gerade der Kommunen und die Wirtschaft um
348 Verwaltungskosten von über einer Milliarde Euro zu entlasten, modernisieren wir
349 das Vergaberecht umfassend, um nachhaltige Beschaffung zu vereinfachen und zur
350 Regel zu machen. Um die Vergabestellen gerade der Kommunen zu entlasten, werden
351 wir die Direktauftragungsgrenzen deutlich anheben. Wir berücksichtigen Start-ups
352 bei der Vergabe besser.

353 Um Familienunternehmen und Start-ups weitere Nachfolgeoptionen zu bieten, wollen
354 wir eine neue attraktive Rechtsform für Gesellschaften mit gebundenem Vermögen
355 einführen. Gemeinwohlorientierte Unternehmen sollen künftig die gleiche
356 Förderung erhalten wie alle anderen Gründer*innen auch. Gelder von verwaisten
357 Konten werden wir zur Stärkung sozialer Innovationen und gemeinwohlorientierter
358 Unternehmen verwenden. Die Nationale Strategie für Soziale Innovationen und
359 Gemeinwohlorientierte Unternehmen werden wir fortführen.

360 Von Wertschöpfung und Investitionen vor Ort in den Kommunen hängt die
361 Wirtschaftskraft und Lebensqualität in ländlichen Räumen entscheidend ab. Durch
362 den Ausbau der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsentwicklung (GRW)

363 stellen wir sicher, dass Menschen und Unternehmen sich überall im Land entfalten
364 können.

365 Gerade in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen wie der Lausitz liegt das
366 Potenzial für ambitionierten Klimaschutz und vorausschauende Wirtschaftspolitik.
367 Die Herausforderungen sind groß und dennoch wollen wir den Strukturwandel als
368 Chance begreifen, um mit neuer Infrastruktur, Wirtschaftsförderung,
369 Renaturierung und Investitionen in Zukunftstechnologien den Weg in eine
370 nachhaltige Zukunft zu ebnen. Wichtig ist uns dabei, die Menschen vor Ort durch
371 transparente Entscheidungsprozesse, aber auch durch Unterstützung der Ideen und
372 Wünsche vor Ort zu beteiligen.

373 Der Tourismus ist in Deutschland Motor für Wachstum und Beschäftigung,
374 insbesondere in ländlichen Regionen. Wir werden die Nationale Tourismusstrategie
375 fortentwickeln und den Tourismusstandort Deutschland nachhaltiger, sozial
376 gerechter und innovativer gestalten.

377 Wohlstand ist für uns mehr als nur das Wachstum des Bruttoinlandsprodukt. Wir
378 haben daher erstmals im Jahreswirtschaftsbericht auch den Zustand von Umwelt und
379 Klima sowie soziale Faktoren mit in den Blick genommen. Diese umfassende
380 Wohlstandsmessung wollen wir ausbauen.

381 **Für Wirtschaftssicherheit und zukunftsfähigen Außenhandel**

382 Unser Wohlstand und unsere wirtschaftliche Resilienz und Sicherheit hängen neben
383 dem europäischen Binnenmarkt wesentlich von belastbaren internationalen
384 Partnerschaften und vom globalen Handel ab. Angesichts geopolitischer Konflikte,
385 protektionistischer Maßnahmen und zunehmend schärferem internationalen
386 Wettbewerb brauchen wir eine zukunftsfähige Handelsagenda, die sich für alle
387 auszahlt.

388 Ausgewogene Handelspartnerschaften eröffnen deutschen Unternehmen nicht nur neue
389 Absatzmärkte, sondern stärken auch ihre Lieferketten. Eine breitere Streuung
390 unserer Wirtschaftsbeziehungen hilft zudem, Abhängigkeiten in kritischen
391 Bereichen zu verringern. Der Fokus auf einzelne Sektoren und gezielte Abkommen
392 für bestimmte Waren und Dienstleistungen verspricht dabei schnelle
393 Verhandlungserfolge. Hohe Standards bei sozialer Gerechtigkeit, Klima- und
394 Naturschutz sowie Menschenrechten bewahren gleichzeitig die heimische Wirtschaft
395 vor einem schädlichen Unterbietungswettbewerb und schützen vor Ausbeutung oder
396 Umweltzerstörung in anderen Ländern. Wir verhandeln entsprechend folgender
397 Prinzipien: rechtsverbindliche und einklagbare ökonomische, soziale und
398 ökologische Standards, eine Verankerung des Vorsorgeprinzips, eine verbindliche

399 Verankerung des Pariser Klimaabkommens, der zentralen Arbeitsschutzkonventionen
400 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Übereinkommens zur
401 biologischen Vielfalt, der Beendigung der missbräuchlichen Nutzung von
402 Schiedsgerichten sowie der Begrenzung von zukünftigen Investitionsabkommen auf
403 direkte Enteignung und Diskriminierung.

404 Die EU-Lieferkettenrichtlinie ist eine große Errungenschaft: Verbraucher*innen
405 in Europa können sicher sein, dass Produkte, die sie hier kaufen, frei von
406 Ausbeutung und Kinderarbeit entstanden sind. Wir sorgen dafür, dass die
407 Lieferkettenrichtlinie unbürokratisch in deutsches Recht übertragen wird.

408 Unfaire Handelspraktiken und Marktverzerrungen erfordern entschiedenes Handeln –
409 deshalb setzen wir uns, wo es geboten ist, bei der EU-Kommission für
410 Ausgleichszölle ein, etwa auf Stahl. Wir stärken der EU-Kommission in ihren
411 Verhandlungen mit China über Dumping von E-Autos den Rücken, um die Interessen
412 der europäischen Industrie zu wahren. Die Schlupflöcher im Zollrecht müssen
413 geschlossen werden, durch die besonders asiatische Onlinehändler wie Temu
414 unsichere Wegwerfprodukte am Zoll vorbeischleusen und europäische Hersteller
415 unterbieten. Wer dauerhaft illegale Produkte im großen Stil nach Europa
416 einführt, muss nach dem EU-Gesetz über digitale Dienstleistungen sanktioniert
417 werden. Wir werden den europäischen CO₂-Zoll CBAM durch eine Ausweitung des
418 Anwendungsbereichs, eine Berücksichtigung der Gesamtemissionen des Herstellers
419 im Herkunftsland und die Nutzung von Standardwerten praxistauglicher und
420 effektiver gestalten. Damit er die Wettbewerbsnachteile ausgleicht, die
421 europäischen Industrieunternehmen gegenüber Herstellern aus Ländern ohne CO₂-
422 Preis entstehen.

423 Strategisch wichtige Branchen werden wir mit einem neuen
424 Investitionsprüfungsgesetz vor Übernahmen schützen. Um unsere Unabhängigkeit und
425 ungestörte Lieferketten zu sichern, gehen wir bei Ausschreibungen in Sektoren
426 mit hoher Abhängigkeit entsprechend der Resilienzvorgaben des Net-Zero Industry
427 Acts vor. Staatliche Förderprogramme für den Kauf von Produkten wie E-Autos
428 werden wir künftig für Produkte gewähren, die größtenteils auch in Europa mit
429 seinen hohen sozialen und ökologischen Standards produziert wurden.

430 **Für Rohstoffsicherheit und Kreislaufwirtschaft**

431 Eine nachhaltige, unabhängige und wettbewerbsfähige Wirtschaft erfordert sowohl
432 eine gesicherte Versorgung mit Rohstoffen als auch den Übergang zu einer
433 effektiven Kreislaufwirtschaft im Einklang mit den planetaren Grenzen, die
434 Ressourcen spart und Müll vermeidet. Auch für das Erreichen der Klimaziele sind
435 wir auf eine verlässliche Versorgung mit Rohstoffen angewiesen.

436 Unser Ansatz für mehr Rohstoffsicherheit basiert auf vier Säulen. Erstens wollen
437 wir den Verbrauch von Primärrohstoffen senken und langfristig halbieren. Der
438 Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energierohstoffe, Rohstoffeffizienz und –
439 wo möglich – der Ersatz von Rohstoffen, ebenso wie der gezielte Einsatz von
440 Recyclingrohstoffen sind der Schlüssel dafür. Zweitens fördern wir Recycling und
441 den Aufbau einer effektiven Kreislaufwirtschaft. Drittens setzen wir auf
442 heimischen und europäischen Bergbau, auch mit einem modernisierten,
443 umweltschonenden Bergrecht. Und viertens entwickeln wir eine nachhaltige
444 Rohstoffaußenpolitik und schließen neue Rohstoffpartnerschaften.

445 Niemand hat Lust, ständig Dinge wegzuerwerfen und große Mengen an Müll zu
446 produzieren. Die Kreislaufwirtschaft macht daraus mit neuen Geschäftsmodellen
447 eine wirtschaftliche Chance, von der Wasserflasche über das Smartphone bis zum
448 Wohnhaus. Sie braucht die richtigen regulatorischen und ökonomischen
449 Rahmenbedingungen, mehr Materialstandardisierung und gleiche
450 Wettbewerbsbedingungen für recyceltes Material. Ein digitaler Produktpass
451 schafft bessere Informationen über die Materialien, die in einem Produkt
452 stecken. Dafür werden wir jetzt die Kreislaufwirtschaftsstrategie umsetzen. Wir
453 haben uns auf europäischer Ebene erfolgreich dafür eingesetzt, dass Produkte
454 langlebig und reparaturfreundlich hergestellt werden.

455 **Für einen starken Verbraucherschutz**

456 Faire Verträge und einklagbare Verbraucherrechte – darauf müssen sich
457 Verbraucher*innen verlassen können. Gerade in Zeiten steigender
458 Lebenshaltungskosten kann und muss Verbraucherschutz dazu beitragen, das Leben
459 einfacher zu machen und Menschen vor unfairen Preisen, Intransparenz und Betrug
460 zu schützen.

461 Gentechnikfreie Lebensmittel sind für viele Verbraucher*innen wichtig. Damit das
462 möglich bleibt, müssen alle, die gentechnikfrei arbeiten wollen, das auch in
463 Zukunft können. Dafür ist entscheidend, dass es keine Patente auf Leben gibt:
464 Pflanzen, Tiere, Saatgut und Gene dürfen nicht patentiert werden, auch nicht in
465 digitalisierter Form. Und es braucht eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch
466 verändertes Saatgut und Lebensmittel.

467 Steigende Energiepreise und die notwendige Energie- und Wärmewende stellen
468 Verbraucher*innen vor große Herausforderungen. Wir werden einen wirksamen Schutz
469 vor Wärme- und Stromsperrern auf den Weg bringen. Damit für Stromkund*innen
470 schnell und einfach sichtbar wird, ob sie aufgrund eines übersteuerten
471 Altvertrags Monat um Monat zu viel für ihren Strom bezahlen, machen wir die
472 Angabe des durchschnittlichen Strompreises für Neukund*innen auf der
473

474 Energierechnung verpflichtend. Dann weiß jede und jeder, wann sich ein Wechsel
475 besonders lohnt. Das wirkt als Teuer-Bremse für Stromtarife.

476 Wenn es ums Geld geht, sind transparente und einfach verständliche Informationen
477 besonders wichtig. Deshalb bedarf es beim finanziellen Verbraucherschutz
478 besonders hoher Standards und einer fairen und unabhängigen Finanzberatung. Im
479 Zentrum steht der Schutz von Kleinanleger*innen. Die Bundesanstalt für
480 Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wollen wir auch beim Schutz vor
481 Greenwashing von Finanzprodukten in die Pflicht nehmen. Zudem setzen wir auf
482 transparente und einfach verständliche Mindeststandards und Normen für
nachhaltige Finanzprodukte.

483 Die hohen Kosten des Zahlungsverkehrs für deutsche Unternehmen und
484 Verbraucher*innen – etwa bei der Nutzung von Kreditkarten – wollen wir mithilfe
485 innovativer Wettbewerber und des Wettbewerbsrechts günstiger machen.

486 **B. Ein modernes und digitales Land**

487 **Für einen Staat, der für die Menschen funktioniert**

488 Für die Herausforderungen im Heute und Morgen wollen wir unseren Staat besser
489 aufstellen und bieten dafür den demokratischen und föderalen Partnern die Hand
490 für eine Staatsreform. Darunter verstehen wir unter anderem, dass die Aufgaben
491 und Rollen an manchen Stellen in unserem föderalen Staat neu verteilt, gebündelt
492 und auch klarer gestaltet werden, zum Beispiel im Sozialleistungsbereich. Wir
493 setzen auf konstruktive Zusammenarbeit statt Doppelstrukturen und Gegeneinander.
494 Der Bund sollte bei Gesetzen und Förderprogrammen mehr Umsetzungsverantwortung
495 auf Länder und Kommunen übertragen, statt alles detailliert selbst zu regeln.
496 Länder und Kommunen brauchen mehr Spielräume für eigenverantwortliches Handeln
497 wie auch für konkrete Kooperationen. Umgekehrt sollte der Bund für bundesweit
498 gesetzlich geregelte Leistungen wie Elterngeld oder Wohngeld einen digitalen
499 Dienst bereithalten, den Länder und Kommunen für die Leistungserbringung vor Ort
500 nutzen können. Durch solche zentralen Serviceeinheiten kann der Bund
501 Routineaufgaben zentral erbringen, damit sich die Verwaltung vor Ort auf die
502 Beratung konzentrieren kann. Den Auftakt für diese Reformprozesse könnten die
503 Diskussionen in einem Bürgerrat geben.

504 Die Gesetzgebung des Bundes muss praxistauglicher und weniger kompliziert
505 gestaltet werden. Die Digital- und Praxischecks wollen wir dafür ausbauen. Bei
506 neuen Gesetzgebungsvorhaben ist das zugrunde liegende Stammgesetz zu
507 modernisieren, sind Leistungen zu pauschalisieren sowie Experimentierräume und
508 Reallabore vorzusehen. Die Bundeshaushaltsordnung und ihre Anlagen wollen wir

509 entschlacken, ohne die Fehlverwendung öffentlicher Gelder zu begünstigen.

510 Durch Modernisierung und Automatisierung, auch durch den Einsatz von KI, kann
511 der Arbeitsaufwand für Verwaltungsprozesse geringer werden. So verkleinern wir
512 auch die Ministerialverwaltung des Bundes und stärken die
513 Umsetzungsverantwortung der nachgeordneten Bundesbehörden. Dies ist in Zeiten
514 des Fachkräftemangels und unbesetzter Stellen dringend nötig.

515 **Für eine serviceorientierte Verwaltung**

516 Wir werden unsere öffentliche Verwaltung konsequent modernisieren,
517 digitalisieren und an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten.

518 Bürger*innen sollen mit dem Staat digital und auf Augenhöhe kommunizieren
519 können. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen die
520 Deutschland-App einführen, in der schrittweise alle staatlichen
521 Verwaltungsangebote sicher, barrierefrei und anwendungsfreundlich zur Verfügung
522 stehen sollen. In dieser App kann man künftig mit wenigen Klicks einen
523 Personalausweis beantragen oder die neue Wohnung anmelden. Die App dient als
524 einfache Bedienungsfläche für die Bürger*innen und als Zielbild für die
525 deutsche Verwaltungsdigitalisierung. Im Hintergrund der App bauen wir eine
526 moderne, modulare und standardisierte IT-Architektur, bei der die
527 Verwaltungsdomänen von Bund, Ländern und Kommunen sinnvoll ineinandergreifen.

528 Die Beschäftigten in den Behörden sind motiviert, sie packen an und wollen
529 Prozesse besser machen. Uns geht es darum, sie zu entlasten und mehr Effizienz
530 zu ermöglichen: Wir gehen mit einer Innovationskultur in der Verwaltung voran,
531 die offen ist für antragslose Verfahren, risikobereite Entscheidungen,
532 Experimentierfreude und den Einsatz moderner Technik. Dafür erhöhen wir die
533 Ermessensspielräume der Entscheider*innen. Wir ermöglichen den Einsatz von
534 Automatisierung und KI-Anwendungen überall, wo sie hilfreich und sinnvoll sind.
535 Damit Daten nicht immer wieder neu erhoben werden müssen, treiben wir die
536 Registermodernisierung und -vernetzung voran. Die Behörden sollen Datentools
537 vorhalten, bei denen Bürger*innen und Unternehmen ihre Daten nur einmal
538 einpflegen müssen. Dann müssen die verschiedenen Ebenen der Verwaltung darauf
539 selbst zurückgreifen. Das verschlankt persönliche Meldungen, Berichtspflichten
540 und Kontrolldaten in der Landwirtschaft. Dafür brauchen wir auch eine sichere
541 eigene Cloud in Deutschland.

542 **Für eine schnelle und umfassende Digitalisierung**

543 Die Digitalisierung zu gestalten, ist für unser Zusammenleben und unseren

544 Wohlstand zentral. Bisher ist das in Deutschland nicht ausreichend gelungen.
545 Dies liegt auch an der Zersplitterung der Zuständigkeiten dafür und der
546 fehlenden Ressourcenbündelung. Deswegen braucht es eine Bündelung von
547 Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und der Budgetverantwortung. Damit gehen
548 wir den Ausbau der digitalen Infrastruktur, die europäische und internationale
549 Digitalpolitik und die Entwicklung einer Open-Source-Strategie fokussiert an.
550 Für den Digitalen Staat wollen wir zentrale digitale Dienste wie die BundID und
551 die Deutschland-App vorantreiben. Den Digitalcheck als aktives und begleitendes
552 Instrument der Gesetzgebung entwickeln wir weiter und gestalten die
553 Digitalisierung nachhaltig.

554 Der Schlüssel zur Beschleunigung der Digitalisierung Deutschlands liegt in der
555 Überwindung der Grenzen der unterschiedlichen IT-Systeme von Unternehmen,
556 Behörden und Forschungseinrichtungen durch Interoperabilität. Nur dann können
557 Prozesse durchgängig digital ohne Handarbeit oder Medienbrüche abgewickelt
558 werden. Diese Art der Vernetzung ist zu sehr vernachlässigt worden. Wir werden
559 offene Standards fördern und dabei Entwickler*innen, Zivilgesellschaft und KMU
560 stets miteinbeziehen. Diese Standards sollen ohne Lizenzgebühren frei nutzbar
561 sein. Wir denken Interoperabilität und digitale Kooperation weiter, nämlich als
562 eine notwendige Grundlage, um die Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und
563 Nachhaltigkeit unserer Wirtschaft zu stärken.

564 Um das große Potenzial von Datenkollaboration für Innovation und Produktivität
565 zu heben, muss die Umsetzung des Datenschutzes einfacher und weniger
566 bürokratisch werden. Die Datenschutzgrundverordnung muss effizienter und
567 einheitlicher umgesetzt werden – auch um Doppelregulierung und unklare
568 Zuständigkeiten zu vermeiden. Eine Reform beim Datenschutz hin zu
569 Einheitlichkeit, Verlässlichkeit und Einfachheit ist nötig, etwa durch die
570 Bündelung von Zuständigkeiten für bestimmte Sektoren oder Forschung bei
571 einzelnen Aufsichtsbehörden.

572 Deutschland braucht schnelles Internet in Stadt und Land. Wir werden bessere
573 Rahmenbedingungen für den privatwirtschaftlichen Ausbau von Glasfaser und 5G-
574 Mobilfunk setzen, indem wir Genehmigungsprozesse beschleunigen, alternative
575 Verlegungsmethoden erleichtern und Open Access fördern. Für ländliche Gebiete und
576 strukturschwache Regionen werden wir die staatliche Gigabitförderung erhöhen.
577 Wir stärken die Rechte von Verbraucher*innen auf schnelles Internet, indem wir
578 die Mindestbandbreite schrittweise erhöhen und es einfach machen, mangelhaftes
579 Internet nachzuweisen und einen besseren Zugang zu bekommen.

580 **Für einen Deutschlandfonds und eine Reform der**
581 **Schuldenbremse**

582 Wir werden in der Regierung entschlossen die Investitionen in tragfähige
583 Infrastrukturen nachholen, die unser Land so dringend braucht. Die schwarze Null
584 im Haushalt wurde mit einem Kredit bei der Zukunftsfähigkeit unseres Landes
585 erkaufte. Wir werden deshalb einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen
586 errichten. Daraus werden wir die Schienen bauen, auf denen Züge die Menschen
587 pünktlich an ihr Ziel bringen, die Kitas und Schulen sanieren, in denen Chancen
588 für alle entstehen, die Forschung finanzieren, die die Technologien und den
589 Wohlstand von morgen begründet, und Unternehmen den Raum für Investitionen in
590 ihre Zukunft ermöglichen.

591 Der Investitionsstau in Deutschland liegt im dreistelligen Milliardenbereich.
592 Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form verhindert Investitionen und andere
593 Maßnahmen, die unsere stagnierende Volkswirtschaft wieder ankurbeln. Um die
594 notwendigen Investitionen in Infrastruktur, in die Dekarbonisierung unseres
595 Landes und in eine starke, zukunftsfähige Wirtschaft zu finanzieren, wollen wir
596 die Schuldenbremse reformieren. Wir schaffen damit neue finanzielle Spielräume,
597 die wir angemessen zwischen Bund und Ländern verteilen werden. Zugleich werden
598 wir sicherstellen, dass die Gesamtverschuldung dauerhaft tragfähig bleibt. Das
599 raten auch die führenden Wirtschaftsinstitute wie der Internationale
600 Währungsfonds (IWF), die Bundesbank oder der Sachverständigenrat der
601 Bundesregierung.

602 Nachdem die Große Koalition das Land fast zwei Jahrzehnte kaputtgespart hat,
603 haben wir in der Bundesregierung die Trendwende eingeleitet. Bis zur Umsetzung
604 einer Reform der Schuldenbremse wollen wir mit dem Deutschlandfonds der jüngeren
605 Generation ein modernes, funktionierendes und klimaneutrales Land sowie eine
606 wettbewerbsfähige Volkswirtschaft garantieren, statt ihnen aufgeschobene Lasten
607 und marode Infrastrukturen zu hinterlassen. Bürger*innen wollen wir ermöglichen,
608 sich an diesen Investitionen zu beteiligen.

609 Investitionen in Klima- und Umweltschutz sowie in Verkehrs-, Energie-, Bildungs-
610 und Forschungsinfrastruktur sowie in die nationale Sicherheit haben für uns
611 dabei Priorität. Klar ist auch: Bei sogenannten konsumtiven Ausgaben bleibt es
612 bei den derzeit strikten Regeln. Das bedeutet zum Beispiel: Die energetische
613 Sanierung des Schulgebäudes kann kreditfinanziert werden, das Gehalt des
614 Lehrpersonals muss aus dem regulären Etat kommen. So hinterlassen wir der jungen
615 Generation keine unnötigen Schulden und vermeiden zugleich versteckte Schulden.
616 Denn auch unterlassene Investitionen sind eine Bürde für die junge Generation.

617 Der Deutschlandfonds hilft, die Spielräume für dringend notwendige
618 Zukunftsinvestitionen zu erhöhen. Er ist aber kein Ersatz für die Aufgabe, im
619 Haushalt stärker zu priorisieren und effizienter mit den vorhandenen Einnahmen
620 umzugehen. Denn viele wichtige Anliegen wie bessere Bildung oder stärkere

621 Sicherheit erfordern auch konsumtive Ausgaben. Wir wollen den Haushalt
622 entlasten, indem wir mehr Geflüchtete und mehr Bürgergeldbezieher*innen in
623 Arbeit bringen. Zudem wollen wir die Verwaltung durch die weitere
624 Digitalisierung verschlanken. Und wir wollen insbesondere klima- und
625 umweltschädliche Subventionen abbauen.

626 Die Verteilung der Steuern zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss den
627 tatsächlichen Aufgaben und Investitionsbedarfen entsprechen, um gleichwertige
628 Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu ermöglichen. Das aktuelle System des
629 Bund-Länder-Finanzausgleichs werden wir in seiner jetzigen Form beibehalten.

630 **C. Ein Klima, in dem wir gut leben können**

631 **Für ein stabiles und sicheres Klima**

632 Die Staatengemeinschaft hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen darauf
633 verständigt, die Klimakrise einzudämmen. Alle großen Länder mit hohen
634 Treibhausgasemissionen haben sich auf diesen Weg gemacht – darauf kommt es an.
635 Die EU ist nach den USA und China aktuell der drittgrößte Emittent von
636 klimaschädlichen Emissionen. Es kommt also auch auf unser gemeinsames Handeln
637 an. Wir haben uns in der EU deshalb gemeinsam auf ein Ziel verpflichtet: Europa
638 soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden.

639 Mit dem europäischen Green Deal haben wir in den vergangenen drei Jahren große
640 Fortschritte auf dem Weg zu einem stabilen und sicheren Klima erzielt und
641 gleichzeitig begonnen, die europäische Wirtschaft und Industrie zu
642 modernisieren. Das wirkt: Die EU ist auf Kurs, ihre Klimaziele zu erfüllen.
643 Jetzt braucht die Wirtschaft Planungssicherheit. Der Green Deal und das „Fit for
644 55“-Paket müssen nun europaweit konsequent und möglichst unbürokratisch
645 umgesetzt werden. Neuer Aufschieberei und Verwässerung stellen wir uns entgegen.

646 Deutschland spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Großen Koalitionen hatten
647 hohe Klimaschutzziele beschlossen, aber keinen Plan und keine Maßnahmen
648 entwickelt, wie diese Ziele erreicht werden. Wir haben Deutschland und Europa
649 erstmals auf einen Pfad gebracht, diese Lücke zu schließen. Es hängt vom
650 entschiedenen Handeln der nächsten Bundesregierung ab, ob sie diese Chance nutzt
651 und die Ziele auch erreicht.

652 Die dafür notwendigen Veränderungen sind anspruchsvoll und haben deshalb auch
653 viele hitzige Diskussionen, Sorgen und Ängste ausgelöst und neue Fragen
654 aufgeworfen. Es ist klar: Wir müssen noch mehr dafür tun, damit der Weg

655 verlässlich ist und alle ihn mitgehen können. Wir machen Klimaschutz einfacher
656 und bezahlbarer und lösen Umsetzungsprobleme pragmatisch. Dabei setzen wir
657 gezielt verschiedene Instrumente ein – von marktwirtschaftlichen Anreizen wie
658 dem Emissionshandel über eine gezielte Förderung für Wirtschaft und Haushalte
659 bis hin zum Ordnungsrecht.

660 Die Anstrengungen lohnen sich: Die klimaschädlichen Emissionen sinken. Erstmals
661 ist Deutschland auf einem Kurs hin zum Erreichen der Klimaziele. Es kommt nun
662 darauf an, diesen Kurs zu halten, um weiterhin Verlässlichkeit und
663 Planungssicherheit herzustellen und eine Orientierung für die klimaneutrale
664 Modernisierung unseres ganzen Kontinents zu geben.

665 Europa muss nach wissenschaftlichem Rat nun bis 2040 seine
666 Treibhausgasemissionen um 90 Prozent gegenüber 1990 verringern. Dazu braucht es
667 unterschiedliche Anstrengungen und einen bedeutenden Beitrag von Deutschland als
668 größtes Mitgliedsland mit den höchsten Emissionen und einem hohen Wohlstand. Wir
669 halten deshalb an den rechtlich festgeschriebenen Zielen der Klimaneutralität
670 2045 und den verbindlichen Zwischenzielen fest. Die Energiewende setzen wir
671 ebenso fort wie den Umstieg auf das klimaneutrale Heizen.

672 Der Verkehrsbereich hat den größten Aufholbedarf beim Erreichen der Klimaziele.
673 Deshalb erhöhen wir die Dynamik, indem wir den Ausbau der Bahn noch weiter
674 intensivieren und den Umstieg auf E-Mobilität beschleunigen. Um das
675 sicherzustellen, werden wir, wie rechtlich vorgesehen, das aktuelle
676 Klimaschutzgesetz evaluieren und entsprechend die Verantwortung von Sektoren
677 stärken, in denen Klimaschutz zu wenig vorankommt. Würden Ziele verfehlt, drohen
678 Deutschland teure Strafzahlungen und zukünftig höhere CO₂-Preise, beides wollen
679 wir für öffentliche Haushalte und Bürger*innen vermeiden.

680 **Für sozial gerechten Klimaschutz**

681 Den Weg zur Klimaneutralität gestalten wir als Weg zu einer gerechteren
682 Gesellschaft: Von einem erschwinglichen und flächendeckend gut ausgebauten
683 öffentlichen Verkehr profitieren vor allem Menschen, die sich kein Auto leisten
684 können. Elektromobilität sowie der Fuß- und Radverkehr tragen zu besserer
685 Luftqualität für alle bei. Gut gedämmte Häuser und klimaneutrale Wärme schützen
686 die Menschen vor steigenden Heizkosten.

687 Der Weg zur Klimaneutralität ist also mit vielen Vorteilen verbunden, aber er
688 bedarf auch großer Investitionen – sei es bei der Installation neuer
689 Heizungsanlagen, der Wärmedämmung, dem Einbau eines Energiespeichers oder dem
690 Wechsel zum E-Auto. Investitionen brauchen Planungssicherheit und Vertrauen,

691 gerade im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Fördermitteln. Dahin wollen wir mit
692 einer berechenbaren Haushaltspolitik zurück. Viele Menschen werden diese
693 Investitionen ohne Unterstützung nicht leisten können. Die Finanzierung der
694 Investitionen zur klimaneutralen Erneuerung ist eine Generationenaufgabe, die
695 entscheidend für das langfristige menschliche Leben auf diesem Planeten ist und
696 die deshalb teilweise auch über Kreditaufnahme finanziert werden sollte.

697 Wir achten besonders darauf, dass alle die notwendige Modernisierung mitgehen
698 können. Damit klimafreundliche Alternativen für alle Menschen erschwinglich
699 werden, wollen wir in Zukunft Förderprogramme weiter ausbauen und durch soziale
700 Staffelung insbesondere auf Menschen mit geringen und mittleren Einkommen
701 zuschneiden. Erste Schritte in diese Richtung haben wir bereits unternommen, zum
702 Beispiel mit den sozial ausgestalteten Förderprogrammen für die Modernisierung
703 von Heizungssystemen und bei der Sanierung von Wohnungen und Häusern. Auch den
704 Umstieg auf die E-Mobilität wollen wir für Menschen mit kleinen und mittleren
705 Einkommen fördern, gerade im ländlichen Raum. Dazu schlagen wir eine staatliche
706 Unterstützung beim Erwerb eines verbrauchsarmen E-Autos vor, welches zusätzlich
707 die europäische Automobilwirtschaft unterstützt. Sie besteht aus einer Ladekarte
708 für das Tanken an öffentlichen Ladesäulen, einer steuerlichen Förderung für
709 kleine und mittlere Einkommen und einem Social-Leasing-Programm. Zudem beenden
710 wir überzogene Preise an Ladesäulen durch scharfe Anwendung des EU-Rechts und
711 stärken den Verbraucherschutz, sodass Strom und Wärme durch mehr Wettbewerb
712 bezahlbarer werden.

713 Wir geben ein Sicherheitsversprechen: Alle Menschen mit niedrigen und mittleren
714 Einkommen bekommen zum Ausgleich einen Großteil der Einnahmen der CO₂-Bepreisung
715 von Gebäudewärme und Transport als Klimageld zurück. Das Klimageld soll in der
716 nächsten Legislatur so schnell wie möglich eingeführt werden und dann direkt und
717 ohne vorherige Beantragung auf das Konto eingehen. Mieter*innen wollen wir
718 dauerhaft und verlässlich davor schützen, dass die CO₂-Kosten einseitig auf sie
719 umgewälzt werden.

720 Derzeit subventioniert der Staat klimaschädliches Verhalten. Das werden wir
721 schrittweise abbauen und die frei werdenden finanziellen Mittel für den sozialen
722 Ausgleich und Klimaschutz verwenden. Betroffene werden wir bei der Anpassung
723 unterstützen, auf soziale Ausgewogenheit achten und Planungssicherheit geben.
724 Als ersten Schritt werden wir das Dienstwagenprivileg so reformieren, damit es
725 noch deutlichere Anreize für klimaneutrale Mobilität setzt.

726 Die Klimakrise und damit verbundene Extremwetter wie Überschwemmungen oder
727 Dürren führen zu immer größeren Schäden. Zugleich machen Ölkonzerne, die
728 maßgeblich für die weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind, weiter
729 gigantische Gewinne. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Verschmutzer

730 einen Beitrag zum Ausgleich der Kosten der Klimakrise leisten und Bürger*innen,
731 Landwirt*innen und Unternehmen nicht mit immer größeren Schäden allein dastehen.
732 Auch in Deutschland gilt für uns ganz klar das Verursacherprinzip. Das bedeutet,
733 dass beispielsweise die Folgekosten des Kohlebergbaus nicht auf die
734 Allgemeinheit fallen dürfen.

735 Weltweit und bei uns zu Hause: Es sind die Ärmsten, die am stärksten unter den
736 Folgen einer eskalierenden Klimakrise leiden. Die Klimakrise ist ein
737 Beschleuniger von Ungleichheit, dem stellen wir uns mit sozial gerechter
738 Klimapolitik und unserem internationalen Einsatz für Klimagerechtigkeit
739 entgegen.

740 **Für günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie**

741 Günstiger Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne, Wasserkraft,
742 Geothermie und naturverträgliche Bioenergie sichert unseren Wohlstand. Er ist
743 auch die Grundlage für ein bezahlbares Leben, denn Wärme und Mobilität werden
744 zunehmend elektrisch. Wir halten Kurs beim erreichten Rekord-Ausbautempo und
745 bauen die Infrastruktur so aus, dass der günstige Strom bei Menschen und
746 Unternehmen ankommt.

747 Die vergangenen Jahre sind wir auf diesem Weg einen riesigen Schritt
748 vorangekommen: 2024 kamen circa 60 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren
749 Quellen, 2021 waren es erst 40 Prozent. Bis 2030 wollen wir 80 Prozent
750 erreichen; 2035 wird der Strom komplett klimaneutral hergestellt.
751 Eigentümer*innen, Mieter*innen, Unternehmen und Kommunen sollen ohne große
752 bürokratische Hürden eigene Energie nutzen oder an Energieprojekten teilhaben
753 können. Dazu werden wir auch in Zukunft dezentrale Erzeuger von Solar- und
754 Windenergie sowie Speicher, Elektrolyseure durch konsequenten Bürokratieabbau,
755 Planungssicherheit und rentable Geschäftsmodelle unterstützen. Mit Energy
756 Sharing werden wir es möglich machen, günstig erzeugten erneuerbaren Strom noch
757 einfacher gemeinschaftlich und kommunal zu teilen.

758 Erneuerbare Energien liefern enorm günstig, aber nicht gleichmäßig Strom. Daher
759 müssen wir Angebot und Nachfrage optimal und möglichst dezentral aufeinander
760 abstimmen. Dies erreichen wir durch kosteneffizienten Netzausbau und bessere
761 Netznutzung, dezentrale Preissignale ohne eine Aufteilung der Gebotszone,
762 Speichern aller Arten, eine neue Generation von wasserstofffähigen und flexibel
763 einsetzbaren Kraftwerken und die effiziente Ausnutzung der enormen
764 Flexibilitätspotenziale von Industrie, Gewerbe, Verkehr und privaten
765 Verbraucher*innen. Wir setzen uns für einen leistungsfähigen europäischen
766 Strombinnenmarkt ein und bauen die Stromnetze zu unseren europäischen Nachbarn
767

768 aus. Außerdem setzen wir auf die konsequente Digitalisierung des Energiesektors.
769 Mit digitalen und flexiblen Stromnetzen und dynamischen Stromtarifen werden
770 künftig die Bürger*innen in die Lage versetzt, in Zeiten von viel Wind und Sonne
771 den Strom per Batterie oder Wärmepumpe systemdienlich zu speichern, die
772 Waschmaschine laufen oder das E-Auto laden zu lassen. Damit kann jede und jeder
773 Geld sparen und von den Vorteilen der erneuerbaren Stromwelt direkt profitieren.
Zugleich sinken die Kosten im Gesamtsystem.

774 Notwendig sind dazu auch neue Regeln, wie unser Strommarkt funktioniert.
775 Langfristige Sicherheit für Investitionen in Kraftwerke, zum Beispiel im Rahmen
776 von Kapazitätsmärkten, müssen mit intelligenten kurzfristigen Anreizen zum
777 effizienten Stromverbrauch einhergehen. Damit ermöglichen wir einen zunehmend
778 sich selbst tragenden Ausbau von Sonne, Wind und Speichern sowie sonstiger
779 Infrastruktur und entlasten Strompreise und Bundeshaushalt.

780 Gerade weil der Umbau zum klimaneutralen Stromsystem hohe Investitionen
781 erfordert, achten wir besonders auf die Kosten. Wir senken die
782 Finanzierungskosten durch langfristig sichere Rahmenbedingungen, Garantien und
783 intelligente Regulierung. Für neu zu planende Hochspannungsgleichstromleitungen
784 werden wir die einfacheren Freileitungen wieder zum Standard machen und
785 Erdverkabelung nur noch bei besonderen örtlichen Erfordernissen nutzen. Wir
786 setzen zugleich den Weg fort, die Kosten nicht umzulegen, sondern anders zu
787 finanzieren und Strom damit für Verbraucher*innen und Unternehmen billiger zu
788 machen. Die Umlage aus dem *Erneuerbare-Energien-Gesetz* (EEG) wurde für die
789 Verbraucher*innen bereits abgeschafft und wird nun vollständig aus dem Haushalt
790 finanziert. Im nächsten Schritt senken wir die Stromsteuer auf das europäische
791 Mindestmaß. Zudem reformieren wir die Finanzierung des Netzausbaus, um die
792 Netzentgelte zu senken.

793 Fossile Energieerzeugung ist ein Auslaufmodell. Gerade damit die Kohleregionen
794 Planungssicherheit haben und der Strukturwandel geordnet unterstützt werden
795 kann, halten wir daran fest, alle verbliebenen Kohlekraftwerke ab 2030 nicht
796 mehr zu befeuern. Wir stehen für eine endgültige Absage an die Gasförderung in
797 ganz Deutschland – an Land wie auf dem Meer. Eine Rückkehr zur Atomkraft ist
798 weder für das Erreichen der Klimaziele noch für die Versorgungssicherheit
799 notwendig – zudem scheiden neue Atomkraftwerke wegen der extrem langen Planungs-
800 und Bauzeiten, der hohen finanziellen Risiken und der Ewigkeitskosten als
801 realistische Option ohnehin aus. Der lange geplante und parteiübergreifend
802 beschlossene Atomausstieg hat unser Land sicherer gemacht. Die Suche eines
803 verlässlichen Endlagers bleibt eine Herausforderung, der sich das ganze Land
804 stellen muss.

805 **Für verlässliche und bezahlbare Wärme**

806 Der Einstieg in eine verlässliche und klimafreundliche Wärme ist jahrelang
807 verschlafen worden. Jetzt sind die Weichen richtig gestellt. In den nächsten
808 Jahren wollen wir gemeinsam mit den Kommunen den Weg dafür ebnen, allen Menschen
809 den schrittweisen Umstieg auf klimafreundliches und bezahlbares Heizen zu
810 ermöglichen.

811 Wir geben mit dem bestehenden Gebäudeenergiegesetz und einer Förderung von bis
812 zu 70 Prozent für den Einbau von fossilfreien Heizungen den
813 Eigenheimbesitzer*innen, der Wirtschaft sowie den Mieter*innen und
814 Vermieter*innen die nötige Planungssicherheit für Kauf und Einbau einer modernen
815 klimafreundlichen Heizung, wie der Wärmepumpe, bis 2045. Die Unterstützung auf
816 diesem Weg werden wir ausbauen. Ebenso ausbauen werden wir die Energieberatung.
817 Zudem wollen wir die Klimakomponente im Wohngeld weiter stärken.

818 Wärmenetze sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu klimafreundlicher und
819 bezahlbarer Wärme für alle. Vor allem in dicht besiedelten Gebieten können sie
820 dazu beitragen, viele Häuser gleichzeitig mit klimafreundlicher Wärme zu
821 versorgen. Den Aus- und Umbau von Wärmenetzen wollen wir mit der Verlängerung
822 und Stärkung der Förderung für effiziente Wärmenetze (BEW) absichern,
823 Genehmigungsprozesse optimieren und durch eine Senkung der Stromkosten auch die
824 Erzeugung von klimafreundlicher Wärme bei den Energieerzeugern vor Ort stärken.
825 Ein gleichzeitig starker Verbraucherschutz ist dafür Voraussetzung. Durch die
826 Einführung einer Preisaufsicht wollen wir den Verbraucherschutz bei der
827 Fernwärme, die vor allem von Mietshaushalten bezogen wird, weiter stärken.
828 Mögliche Preisanstiege bei der Fernwärme wollen wir analog zu den Regelungen im
829 Gebäudeenergiegesetz begrenzen. Außerdem werden wir privates Kapital für den
830 Ausbau der Wärmenetze aktivieren und die Finanzierungskosten durch öffentliche
831 Bürgschaften senken.

832 Die Wärmewende kann sich auf eine Vielzahl von Technologien stützen.
833 Entscheidend ist für uns jedoch, dass sich Verbraucher*innen auf
834 Klimafreundlichkeit, Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit verlassen können und sie
835 nicht mit falschen Versprechen in Heiztechnologien investieren, mit denen sie
836 einige Jahre später in der Kostenfalle landen.

837 **Für vorsorgende Anpassungen an ein verändertes Klima**

838 Dürren und Hitzeperioden, Waldbrände, Überschwemmungen und Starkregen kosten
839 Menschenleben, zerstören Wohnhäuser, Straßen und Brücken, schädigen die
840 Landwirtschaft und unsere Lebensmittelerzeugung. Indem wir unser Wirtschaften
841 und Leben klimaneutral gestalten, bekämpfen wir ihre Ursachen. Aber im Angesicht
842 der sich verschärfenden Auswirkungen der Klimakrise müssen wir weitaus stärker
843

844 Vorsorge leisten. Wie groß die Schäden durch die Klimakrise sind, hängt auch
845 davon ab, wie gut wir uns darauf vorbereitet haben. Die Anpassung an die
846 Klimakrise ist deshalb eine gesellschaftliche, ökonomische und soziale
Kernaufgabe der kommenden Jahre und Jahrzehnte.

847 Mit dem Klimaanpassungsgesetz haben wir Bund, Länder und Kommunen in Deutschland
848 verpflichtet, diese Aufgabe anzugehen. Die Kommunen tragen die Hauptlast der
849 Anpassungen, die uns als gesamte Gesellschaft betreffen. Deswegen wollen wir
850 Klimavorsorge zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern machen und mehr
851 Bundesmittel für die Anpassung bereitstellen.

852 Die vernichtende Ahrtalflut 2021 oder die zerstörerischen Fluten in Osteuropa
853 2024 führen uns vor Augen, wie verletzlich unsere Gesellschaft besonders
854 angesichts von Hochwasserkatastrophen ist. Deshalb werden wir den
855 Hochwasserschutz zusammen mit den Ländern verbessern. Zusätzlich brauchen wir
856 Investitionen in natürliche Überschwemmungsräume wie Auenwälder oder
857 Erlenbrüche. Flüsse und ihre natürlichen Auen werden wir im Interesse des
858 Hochwasserschutzes stärken und ihnen, wo immer möglich, durch Renaturierungen
859 mehr Raum geben. Wir brauchen aber auch Hochwasserschutzanlagen wie starke
860 Deiche, funktionierende Rückhaltesysteme und einen gut ausgestatteten
861 Katastrophenschutz. Den Versicherungsschutz gegen Elementarschäden werden wir
862 sozialverträglich ausweiten.

863 Besonders die Menschen in dicht bebauten Städten müssen besser vor Hitzewellen
864 und Starkregen geschützt werden. Dafür sorgen wir mit mehr Bodenentsiegelung,
865 Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Stadtgrün, Wasserflächen und öffentlichen
866 Trinkbrunnen. Als Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen,
867 speichern und im Sommer kühlend wirken.

868 **D. Eine mobile Gesellschaft – Stadt und Land** 869 **zusammen**

870 **Für schnelles, nachhaltiges und sicheres Fortkommen**

871 Schienen, Straßen und Brücken sind Lebensadern unseres Landes, doch sie wurden
872 über Jahrzehnte auf Verschleiß gefahren. Die Folgen spüren wir alle in unserem
873 Alltag: verspätete Züge, Umwege und Staus. Das ist ein Schaden für Menschen,
874 Wirtschaft und Umwelt. Zugleich ist unser Verkehrssystem noch weit davon
875 entfernt, seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Das ändern wir
876 durch ein leistungsfähiges Angebot an Bussen und Bahnen und mit dem klaren
877 Signal hin zur klimafreundlichen E-Mobilität.

878 Wir wollen die Mobilität für alle verbessern. Wir brauchen eine Grundsanierung
879 unserer Verkehrsinfrastruktur. Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir
880 stark beschleunigt. Jetzt gilt es, das mit dem Deutschlandfonds verlässlich zu
881 finanzieren und so Wirklichkeit werden zu lassen, dass der Verkehrssektor seine
882 Klimaziele erfüllen kann. Während unser Schienennetz deutschlandweit einen
883 deutlichen Ausbau braucht, ist das Straßennetz bereits flächendeckend gut
884 ausgebaut und benötigt daher Sanierungen statt Neubau. Dazu wollen wir einen
885 integrierten Bundesmobilitätsplan erarbeiten, der Basis für eine klimaneutrale
886 und flächenschonende Mobilität bis zum Jahr 2045 ist. Verkehrswege wollen wir
887 erhalten und sanieren, das Schienennetz massiv ausbauen, stillgelegte
888 Bahntrassen – gerade in den ländlichen Räumen – reaktivieren und modernisieren
889 und ein bundesweites Netz von Radschnellwegen finanzieren.

890 Um den Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu modernisieren, unterstützen wir
891 die Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel
892 E-Kerosin, fördern Technologien zur Kraftstoffeinsparung und den schnellen
893 Aufbau einer klimaneutralen Energieversorgung in Häfen, insbesondere einer
894 klimaneutralen Landstromversorgung. Inlandsflüge wollen wir durch eine
895 Verbesserung der Bahn überflüssig machen.

896 Wir wollen, dass alle in Stadt und Land günstig, sicher und klimafreundlich
897 unterwegs sein können, egal mit welchem Verkehrsmittel. Mobil auf dem Land setzt
898 vielerorts ein eigenes Auto voraus. Wir wollen den öffentlichen Verkehr so
899 entwickeln, dass er auch auf dem Land eine alltagstaugliche Alternative zum Auto
900 wird. Rufbusse und andere Konzepte wie digital vernetzte Kleinbusse können den
901 Taktverkehr in der Fläche ergänzen. Bis zur nächsten Bundestagswahl wollen wir,
902 dass dies exemplarisch in mindestens zehn Landkreisen Wirklichkeit wird.

903 Wir wollen, dass ein funktionierendes Miteinander im Verkehr gelingt und alle
904 sicher an ihr Ziel kommen. Das ist nur erreichbar, wenn überhöhte
905 Geschwindigkeiten reduziert werden. In der Regierung haben wir mit der Reform
906 des Straßenverkehrsrechts für Kommunen in einem ersten Schritt die Chance
907 geschaffen, leichter Tempo 30 anzuordnen und den Fuß- und Radverkehr zu stärken.
908 Als einziges Land weltweit erlaubt Deutschland das unbegrenzte Rasen auf
909 Autobahnen – zum Schaden von Menschenleben und Umwelt. Ein Sicherheitstempo von
910 130 km/h auf Autobahnen als generelles Tempolimit ist deshalb überfällig. Den
911 Bußgeldkatalog für schwere Verkehrsverstöße wollen wir auf europäisches Niveau
912 bringen.

913 Um Verkehrsräume attraktiver zu gestalten, Barrierefreiheit auszuweiten und die
914 Verkehrssicherheit insbesondere von Schulwegen zu erhöhen, wollen wir Stadtumbau
915 stärker fördern und veraltete Regelwerke erneuern. Unser Leitbild dabei ist die
916 Vision Zero, also eine komplette Vermeidung von Verkehrstoten.

917 **Für eine verlässliche und bezahlbare Bahn**

918 Mit dem Deutschlandticket haben wir den Tarifdschunzel im öffentlichen
919 Personennahverkehr (ÖPNV) gelichtet, Millionen von Kund*innen entlastet und ein
920 attraktives Angebot entwickelt: Bus und Bahn im Nahverkehr sind heute so günstig
921 wie nie zuvor. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und das
922 Deutschlandticket weiter zu einem günstigen Preis für alle anbieten. Unser Ziel
923 ist, gemeinsam mit den Ländern einen Ticketpreis von 49 Euro sicherzustellen.
924 Wir begrüßen es, wenn Länder und Tarifverbünde Regelungen treffen, um junge
925 Menschen kostenlos oder stark vergünstigt den ÖPNV nutzen zu lassen. Solche
926 Angebote wollen wir bundesweit ausbauen.

927 Wir werden das Nahverkehrsangebot in Deutschland weiter verbessern, um die
928 Fahrgastzahlen in klimaneutralen Bussen und Bahnen bis 2040 zu verdoppeln.
929 Bundesmittel wollen wir zusammen mit höheren Ausgaben der Länder und Kommunen
930 für den Nahverkehr weiter steigern. Der öffentliche Nahverkehr soll
931 mittelfristig im ganzen Land ein alltagstaugliches Angebot mit verlässlichen
932 Taktverkehren garantieren. Unser mittelfristiges Ziel ist, alle Dörfer in der
933 Zeit von 6 bis 22 Uhr mindestens einmal pro Stunde anzubinden.

934 Deutschland soll ein Bahnland werden, in dem man seine Wege preiswert, bequem
935 und klimaneutral zurücklegen kann. Hier bleibt viel zu tun, aber der Anfang ist
936 gemacht: Immer mehr Menschen fahren Bahn, Takte werden verbessert und neue Züge
937 eingesetzt. Unser Ziel ist der Deutschlandtakt, der Städte und Regionen
938 regelmäßig und verlässlich miteinander verbindet. Das Schienennetz, das wir
939 marode vorgefunden haben, werden wir weiter mit Hochdruck sanieren und im
940 erforderlichen Maß ausbauen. Auch für den Schienengüterverkehr wollen wir
941 Kapazitäten, zum Beispiel im Kombiverkehr, ausbauen und die Verlagerung von
942 Straßentransport auf die Schiene fördern.

943 **Für gleichwertige Lebensverhältnisse**

944 In den ländlichen Regionen ruht viel Kraft unseres Landes. In manchen haben
945 Unternehmen Firmensitze, die Weltmarktführer sind, andere sind geprägt durch
946 einzigartige Naturschätze. Sie alle haben eine eigene regionale Kultur und
947 lokale Traditionen. Es gilt ihre Vielfalt zu schützen und die Gleichwertigkeit
948 der Lebensverhältnisse zu verbessern.

949 Damit sich Eigeninitiative, Unternehmergeist und Tatkraft voll entfalten können,
950 braucht es eine zeitgemäße Infrastruktur in jedem Dorf, im ganzen Land. Mit
951 erneuerbaren Energien und Klimaschutz lassen sich vor Ort schwarze Zahlen
952 schreiben. Die Kommunen verdienen an der Energieerzeugung vor Ort aus Wind und

953 Sonne mit und gewinnen damit eigene finanzielle Spielräume. Sie entscheiden
954 selbst, ob das Schwimmbad saniert oder das Gemeindezentrum erweitert wird. Eine
955 digitale Infrastruktur auf der Höhe der Zeit ist unverzichtbar für
956 wirtschaftliche Innovation – genauso wie für gesellschaftliche Teilhabe. Und das
957 heißt: Glasfaser in Stadt und Land und Mobilfunk ohne Funklöcher. Mit digitalen
958 Standards können regionale Wirtschaftskreisläufe verbunden und gestärkt werden.

959 Jede und jeder muss sich überall in unserem Land auf eine gute und erreichbare
960 medizinische Versorgung verlassen können. Kommunale Gesundheitszentren, in denen
961 Ärzt*innen, Pflegekräfte und Therapeut*innen unter einem Dach arbeiten, können
962 in vielen Regionen das Angebot verstärken. Lebendige Ortskerne und offene
963 Gemeindezentren sind oft die Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement und
964 Stärkung des Zusammenlebens. Lebendige Regionen entstehen durch passende
965 Rahmenbedingungen für das Zusammenleben und gute Infrastruktur – auch für junge
966 Familien und ältere Menschen. Sie wollen wir unterstützen und fördern.

967 **E. Eine Natur, die wir schützen**

968 **Für eine intakte Natur**

969 Indem wir die Natur wiederherstellen und schützen, schützen wir uns selbst:
970 heute und in Zukunft. Mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sind wir
971 diese Aufgabe kraftvoll angegangen und haben die Naturschutzfinanzierung in
972 Deutschland vervielfacht. Das wollen wir verstetigen, erweitern und inhaltlich
973 fortentwickeln und damit die Mittel für den natürlichen Klimaschutz über 2028
974 hinaus anwachsen lassen.

975 Europäisch ist ein Meilenstein gelungen: ein Gesetz zur Wiederherstellung der
976 Natur. Das werden wir bis 2030 auf 20 Prozent der Fläche an Land und im Meer
977 umsetzen. Dafür werden wir Flächen für die Wiederherstellung von Natur
978 gesetzlich garantiert zur Verfügung stellen, denn auch sie liegen in einem
979 überragenden gesellschaftlichen Interesse. Dazu wollen wir einen Schub für den
980 Naturschutz: wirksame Maßnahmen gegen weiteren Flächenverbrauch, unbürokratische
981 und schnellere Ausweisung von Naturschutzgebieten und zusammenhängende
982 Biotopverbünde und Großschutzgebiete nach dem Vorbild des ostdeutschen
983 Großschutzgebietsprogramms nach der Wende. Frei fließende Flüsse, naturnahe
984 Bäche und wilde Weiden nehmen dabei eine zentrale Rolle ein und müssen – wo
985 immer möglich – erhalten bleiben oder wiederhergestellt werden. Den
986 unnatürlichen Ausbau der Flüsse, wie er zum Beispiel an der Mittelelbe oder im
987 Odertal geplant ist, lehnen wir ab.

988 Unsere Verantwortung für besonders typische Lebensräume wie das Wattenmeer,

989 Buchenwälder und Streuobstbestände sowie für besonders bedrohte Arten wie die
990 Wildkatze oder den Feuersalamander werden wir durch Artenhilfsprogramme und
991 besondere Schutzmaßnahmen wahrnehmen. Den Bundesnaturschutzfonds werden wir
992 weiter stärken.

993 Um dies alles umzusetzen, braucht es mehr Unterstützung für die
994 Zivilgesellschaft, insbesondere in ländlichen Räumen. Denn der Erfolg des
995 Aktionsprogramms zeigt: Die Menschen und die Kommunen wollen mehr Natur – es
996 sind die Engagierten und Organisationen vor Ort, die sehr oft der Motor des
997 Natur- und Artenschutzes sind.

998 Die Staatengemeinschaft hat vor zwei Jahren in Montreal eine globale
999 Vereinbarung für den Schutz der Natur und Artenvielfalt mit ambitionierten
1000 Zielen beschlossen – das ist auch für uns ein klarer Auftrag, für den Erhalt und
1001 die Wiederherstellung intakter Ökosysteme zu arbeiten. Mit einer verbindlichen
1002 Nationalen Biodiversitätsstrategie werden wir diese Ziele national umsetzen.

1003 Dort, wo wir durch den Artenschutz bereits nachhaltige Erfolge erzielt haben,
1004 sind wir auch offen für pragmatische Herangehensweisen, um existierenden
1005 Zielkonflikten gerecht zu werden. Indem wir beispielsweise beim Wolf die Regeln
1006 für Abschüsse in problematischen Fällen vereinfacht haben, erhöhen wir die
1007 Akzeptanz des Artenschutzes als Ganzes.

1008 Unsere Wälder sind wichtig für die Artenvielfalt und Verbündete beim
1009 Klimaschutz. Gleichzeitig sind sie Erholungsraum und Grundlage für die
1010 forstwirtschaftliche Nutzung. Aber wir erleben ein zweites Waldsterben.
1011 Klimawandel, Trockenheit und Schädlingsbefall haben inzwischen dazu geführt,
1012 dass Wälder mehr CO₂ emittieren als senken. Wir werden deshalb naturnahe Wälder
1013 mit heimischen und standortgerechten Baumarten erhalten und wiederherstellen. Um
1014 das Ökosystem Wald zu erhalten, setzen wir auf ein modernes Bundeswaldgesetz,
1015 das natur- und klimaverträgliche Holznutzung zum Standard macht.

1016 **Für eine gesunde Umwelt**

1017 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und
1018 Biodiversitätskrise die dritte große Herausforderung für den Schutz unserer
1019 natürlichen Lebensgrundlagen. Mit sauberen Böden, frischer Luft und
1020 Rückzugsorten, an denen man auch mal seine Ruhe genießen kann, sorgen wir für
1021 mehr Lebensqualität. Ob dreckige Luft oder Lärm, wir wollen die Leitlinien der
1022 Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum gesetzlichen Maßstab für ein gesundes
1023 Leben in Deutschland und Europa machen. Durch einen stärker vorsorgenden Ansatz
1024 bringen wir den Schutz unserer Böden ins 21. Jahrhundert. Dies bedeutet weniger

1025 giftige Rückstände im Boden und einen insgesamt rücksichtsvolleren Umgang aller
1026 Nutzer*innen, um die Kraft unserer Böden zu entfesseln.

1027 Unser Ziel ist es, den Verpackungsmüll wirksam zu reduzieren und die Vermüllung
1028 von Landschaft und Gewässern zu stoppen. Kunststoffhersteller werden wir stärker
1029 an den Umweltkosten ihrer Produkte beteiligen. Spätestens ab 2045 soll kein
1030 vermeidbarer Verpackungsmüll mehr anfallen.

1031 Bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von Chemikalien
1032 (REACH-Regelung) wollen wir schneller vorankommen. Wir unterstützen einen
1033 risikobasierten Ansatz, der die Wechselwirkungen der Chemikalien berücksichtigt.
1034 Wichtig sind uns dabei die Beschleunigung der Verfahren und die Verbesserung der
1035 Sanktionsmöglichkeiten. Stoffe, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen,
1036 wie die sogenannten Ewigkeitschemikalien nehmen wir besonders in den Blick.
1037 Überall dort, wo sie gut ersetzt werden können und insbesondere in
1038 verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch aussteigen.

1039 Für die Folgen der Verschmutzung von Wasser sollen die Verschmutzer aufkommen.
1040 Dafür wollen wir die Hersteller von wassergefährdenden Stoffen stärker in die
1041 Verantwortung nehmen. Der Vermüllung von Flüssen und Meeren wollen wir durch
1042 Abwassermanagement entgegenzutreten, Nährstoffeinträge reduzieren und die
1043 Verhandlungen für ein internationales Plastikabkommen erfolgreich abschließen.
1044 Meere schützen wir auch durch ein Ende der Öl- und Gasförderung in Nord- und
1045 Ostsee bis 2035. Wir wollen Technik fördern, die eine Bergung der
1046 Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee und ein umweltverträgliches Abfischen von
1047 Müll aus dem Meer ermöglicht.

1048 **Für sauberes Wasser und lebendige Meere**

1049 Sauberes Wasser ist zentral für unsere Gesundheit, unsere Lebensqualität und das
1050 Funktionieren unserer Ökosysteme. Verschmutzung und die Klimakrise bedrohen
1051 unsere Wasserressourcen. Wir sorgen dafür, dass wir weiterhin sauberes
1052 Trinkwasser haben, dass die Landwirtschaft versorgt wird und unsere Flüsse, Seen
1053 und Meere intakt bleiben.

1054 Mit der Nationalen Wasserstrategie haben wir einen Masterplan vorgelegt, wie wir
1055 diese Ziele erreichen. Wir wollen die finanziellen und personellen Bedingungen
1056 schaffen, damit wir sie – gemeinsam mit den Ländern, aber auch über unsere
1057 Landesgrenzen hinaus – effektiv umsetzen können.

1058 Wir wollen den natürlichen Wasserhaushalt wiederherstellen. Dafür wollen wir
1059 Städte und Landschaften so nutzen und gestalten, dass sie Wasser aufnehmen,

1060 speichern und bei Bedarf wieder abgeben können. Durch faire Entgelte, besonders
1061 für intensive Nutzer, wollen wir die Nutzung lenken und Unternehmen zum
1062 Wassersparen anregen.

1063 Die verletzlichen Ökosysteme unserer Meere brauchen besonderen Schutz – deshalb
1064 entwickeln wir eine ambitionierte Meeresstrategie und schaffen damit echte
1065 Rückzugsgebiete für Fischschwärme und Meeressäuger. In einem Zehntel der
1066 deutschen Nord- und Ostsee soll die Natur völlig unberührt bleiben, während neue
1067 Schutzregeln auch in den übrigen Gewässern das Leben im Meer bewahren. Weltweit
1068 setzen wir uns weiter für ein Moratorium beim Tiefseebergbau ein. Die Einnahmen
1069 aus dem Verkauf von Meeresflächen für Windkraftanlagen sollen auch künftig
1070 direkt in den Meeresschutz fließen – so verbinden wir umweltfreundliche
1071 Stromerzeugung mit dem Schutz der Meere.

1072 Wir fühlen uns dem Schutz des Wattenmeers besonders verpflichtet. Das Wattenmeer
1073 ist eines der bioproduktivsten Ökosysteme weltweit. Es ist nicht nur Lebensraum
1074 für Schweinswale und Robben, sondern auch eine unersetzliche Nahrungsquelle für
1075 zahlreiche Zugvögel und Fischpopulationen. Dieser Schatz der Natur darf durch
1076 Gasbohrungen um Borkum nicht zerstört werden.

1077 **F. Eine zukunftsfeste Landwirtschaft**

1078 **Für starke Landwirtinnen und Landwirte**

1079 Um die Ernährungssicherheit langfristig zu gewährleisten, braucht es krisenfeste
1080 Betriebe, die sich auf die Veränderungen einstellen können und ein verlässlicher
1081 Partner beim Schutz der natürlichen Grundlagen sind. Auf dem Weg zu einer
1082 zukunftsfesten Landwirtschaft setzen wir auf den Einsatz, den Unternehmergeist
1083 und das Wissen der Landwirt*innen.

1084 Die Landwirtschaft bekommt große finanzielle Unterstützung, insbesondere die
1085 Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie muss die finanzielle Basis
1086 für den Schutz der natürlichen Grundlagen werden. Für die anstehende
1087 Neugestaltung ab 2027 gilt für uns: öffentliche Gelder für öffentliche
1088 Leistungen.

1089 Die Wettbewerbsposition von Landwirt*innen gegenüber anderen Akteuren der
1090 Wertschöpfungskette soll gestärkt werden. Deswegen führen wir das Gebot des
1091 Kaufs zu kostendeckenden Preisen entlang der gesamten Lebensmittelkette ein und
1092 verankern verbindliche schriftliche Verträge im Agrarorganisationen- und
1093 Lieferkettengesetz. Wir wollen eine kartellrechtliche Prüfung, um auch im

1094 oligopolen Lebensmittelhandel faire Erzeugerpreise und Wettbewerb zu sichern.

1095 Die Wiedervernässung von Mooren ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Wir
1096 werden die Rahmenbedingungen deshalb so gestalten, dass landwirtschaftliche
1097 Flächen durch die Wiedervernässung an wirtschaftlicher Attraktivität gewinnen.
1098 Zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für die Landwirt*innen treiben wir etwa durch
1099 den Ausbau von Agri-Photovoltaik sowie die Stärkung von Hanf und auch Schilf als
1100 Dämmung im Bausektor voran. Und wir unterstützen Betriebe dabei, in neuen
1101 innovativen Märkten wie alternative und pflanzliche Proteine Fuß zu fassen.

1102 Für die Tierhalter in Deutschland braucht es eine Antwort auf die veränderten
1103 Konsumgewohnheiten und den stetig sinkenden Fleischkonsum, der sich aus
1104 tierethischen, gesundheits-, umwelt- und klimapolitischen Gründen vollzieht.
1105 Eine gute Prämisse sowohl im Sinne von Unternehmen als auch Tieren ist: weniger
1106 Tiere besser halten. Dafür haben wir den Umbau der Ställe für Schweine hin zu
1107 einer tiergerechten Haltung so stark gefördert wie keine Bundesregierung zuvor.
1108 Wir setzen uns dafür ein, dass es auch in der nächsten Legislatur dafür
1109 ausreichend Mittel gibt, um die Lebensbedingungen für alle Tierarten zu
1110 verbessern. Wir haben die Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch eingeführt
1111 und ermöglichen Verbraucher*innen damit eine bewusste Kaufentscheidung. Diese
1112 Kennzeichnung werden wir auch auf die anderen Tierarten und die Außer-Haus-
1113 Verpflegung ausweiten. Kleine Gastronomiebetriebe werden wir ausnehmen.

1114 Auch regionale Produkte sind bei immer mehr Verbraucher*innen gefragt. Deshalb
1115 wollen wir landwirtschaftliche Betriebe mit dem regionalen Lebensmittelhandwerk
1116 zusammenbringen – beispielsweise mit der Förderung regionaler
1117 Wertschöpfungsketten.

1118 **Für die natürlichen Grundlagen unserer Ernährung**

1119 Die Auswirkungen der Klimaerhitzung, des Insektensterbens und unseres Umgangs
1120 mit gesunden Böden sind zentrale Herausforderungen für unsere
1121 Ernährungssicherheit. Zukunftsfeste Landwirtschaft stellt sich diesen
1122 Herausforderungen. Dafür braucht es neben mehr Wertschätzung auch genügend
1123 Wertschöpfung. Unnötige Bürokratie werden wir aktiv abbauen, ohne notwendige
1124 Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz abzubauen.

1125 Dafür braucht es einen möglichst sparsamen und bedachten Einsatz von Pestiziden
1126 und Düngemitteln. Der Pestizideinsatz soll EU-weit bis 2030 halbiert werden, um
1127 die EU-Farm-to-Fork-Strategie umzusetzen. Wir setzen hier auf Innovation,
1128 Digitalisierung sowie einkommenswirksame Honorierungen von Umweltsleistungen. Und
1129 wir setzen auf marktwirtschaftliche Lösungen wie eine Pestizidabgabe, die

1130 wirksam und unbürokratisch ist. Außerdem schaffen wir genügend geschützte
1131 Rückzugsräume für die Natur. Wir bringen Agroforstsysteme raus aus der Nische
1132 und rein in die Fläche. Wir unterstützen die Landwirt*innen dabei, hier Bäume
1133 und Ackerkultur zu kombinieren. Damit leisten sie einen Beitrag zum Schutz der
1134 Böden und Artenvielfalt.

1135 Eine wichtige Rolle beim Schutz der natürlichen Grundlagen spielt die
1136 ökologische Landwirtschaft. Naturschonende Erzeugungsformen müssen einen Vorteil
1137 gegenüber Produktionsweisen haben, die starke Umweltfolgen nach sich ziehen. Wir
1138 unterstützen sie daher und arbeiten deshalb weiter an dem Ziel 30 Prozent
1139 Ökolandbau bis 2030.

1140 Wir brauchen auch einen sorgsameren Umgang mit wertvollen Agrarflächen. Dafür
1141 führen wir im Planungsrecht Vorrangflächen für die Nahrungsmittelproduktion ein.
1142 Bei der Biomasse setzen wir auf die sorgsame Kaskaden- und Mehrfachnutzung.
1143 Übernutzte und geschädigte Böden gefährden eine gesunde Ernährung. Sie speichern
1144 weniger Wasser und verlieren relevante Nährstoffe. Dem wollen wir durch ein
1145 neues Bodenschutzgesetz vorbeugen.

1146 **Für gute Ernährung**

1147 Jede und jeder kann selbst entscheiden, was er oder sie essen möchte. Aber nicht
1148 alle können sich so ernähren, wie sie gern würden. Das ist auch eine soziale
1149 Frage: Dort, wo Menschen sozial benachteiligt werden, sind ernährungsbedingte
1150 Krankheiten besonders häufig. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen so
1151 gestalten, dass die Wahlfreiheit bei der Ernährung verbessert wird.

1152 Dafür bauen wir auf die Ernährungsstrategie der Bundesregierung „Gutes Essen für
1153 Deutschland“ auf und schaffen eine bessere Ernährungsumgebung. Ein besonderes
1154 Augenmerk legen wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung – von Kitas über
1155 Kantinen bis Pflegeeinrichtungen. Außerdem werden wir Kinder vor Werbung für
1156 ungesunde Lebensmittel schützen und Geschmacksaromen für E-Zigaretten, die
1157 besonders junge Menschen zum Konsum verleiten, vom Markt verbannen. Zudem tragen
1158 stark zuckerhaltige Softdrinks wesentlich zu Übergewicht, Adipositas und
1159 Folgeerkrankungen bei. Gerade im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes setzen wir
1160 uns für wirksame Maßnahmen zum Senken des Zuckergehalts von Softdrinks ein.

1161 Und wir werden weiter daran arbeiten, dass immer weniger Lebensmittel, die noch
1162 gut sind, weggeschmissen werden. Wir wollen deshalb, dass die Rettung und
1163 Weitergabe von Lebensmitteln Standard wird.

1164 **Für einen verbesserten Tierschutz**

1165 Tierschutz ist für uns eine Frage der Haltung. Die Tiere, die wir nutzen,
1166 schlachten und essen, sollen keine Qualen erleiden. Das beginnt bei der Zucht
1167 und endet bei der Haltung. Wir wollen die Zucht leidensfreier Tiere fördern und
1168 Qualzuchten beenden. Dazu gehören Puten, deren Brustfleisch so schnell wächst,
1169 dass sie sich nicht mehr auf den Beinen halten können, und Hunde, die kaum atmen
1170 können. Tierquälerei soll entschieden bestraft werden. Wir wollen allen
1171 Menschen, die Tiere halten, Zugang zu den notwendigen Kenntnissen geben. Da
1172 Tiere ihre Rechte nicht selbst einklagen können, setzen wir uns für ihre bessere
1173 rechtliche und politische Interessenvertretung ein. Dafür muss eine
1174 Tierschutzbeauftragte bzw. ein Tierschutzbeauftragter, dieses Amt wurde in
1175 dieser Legislatur geschaffen, verbindlich verankert und ein Verbandsklagerecht
1176 für anerkannte Tierschutzorganisationen eingeführt werden.

1177 Die meisten Tiere in Deutschland werden in der Landwirtschaft gehalten, viele
1178 immer noch mit zu wenig Platz und nicht tiergerecht. Deshalb setzen wir uns
1179 dafür ein, dass dort weniger Tiere besser gehalten werden, sich frei bewegen
1180 können und ihrer natürlichen Lebensweise nachgehen können. Die Dauer von
1181 Tiertransporten wollen wir europaweit effektiv auf vier Stunden begrenzen,
1182 Transporte aus der EU heraus verbieten und Wege der Umgehung durch neue
1183 Transitländer verhindern. Schlachtmethoden wollen wir im Sinne des Tierschutzes
1184 verbessern.

1185 Tierversuche wollen wir reduzieren und – wo immer möglich – durch innovative,
1186 tierversuchsfreie Methoden ersetzen. Das stärkt auch den modernen
1187 Forschungsstandort Deutschland.

1188 Tierheime sind bundesweit am Limit, sie müssen finanziell besser unterstützt und
1189 entlastet werden. Illegaler Tierhandel schadet Tieren und erzeugt
1190 Gesundheitsrisiken für den Menschen und gehört deshalb beendet. Wildtiere
1191 gehören in die Wildnis und nicht in Zirkusse, sie sollten nicht über gewerbliche
1192 Onlineseiten und Wildtierbörsen angeboten werden. Kommerzielle Importe von
1193 Wildfängen wollen wir beenden.